



# Evangelische Verantwortung

Oktober 1986

## Flüchtlinge und Asylsuchende

– Anmerkungen zu einer Handreichung –

Albrecht Martin

Nachdem der Rat der EKD am 28. Juli 1986 eine Stellungnahme zur Aufnahme von Asylsuchenden veröffentlichte, hat im August das Kirchenamt der EKD eine vom Rat der EKD zustimmend zur Kenntnis genommene Handreichung „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ herausgegeben.

Naturngemäß konnte diese Handreichung ausführlicher auf die Probleme eingehen und sie nicht nur unter theo-

gischem Aspekt betrachten, sondern juristische und politische Voraussetzungen beleuchten und Folgerungen für Kirche und Öffentlichkeit ziehen.

So wichtig eine Aufarbeitung des Problems aus kirchlicher Sicht ist, so wenig kann sich die Handreichung einer sachlichen Diskussion und kritischer Fragestellung entziehen.

Es kann nicht deutlich genug unterstrichen werden,

- daß es sich bei der Problematik der Flüchtlinge und Asylsuchenden um eine Anfrage an unser Verständnis vom Nächsten handelt,
- daß wir bei der Diskussion über das Problem nicht vergessen, daß es sich jeweils um das Schicksal einzelner Menschen handelt,
- daß das Problem nicht nur aus der Sicht eines Staates betrachtet werden darf, sondern eingebettet gesehen werden muß in die Not der Welt.

Mit besonderem Ernst wird der Christ alle Hinweise aufnehmen, daß das Liebesgebot Jesu sich „über alle Grenzen hinweg auf die Bedürftigen, die menschliche Zuwendung und Hilfe brauchen“, richtet. Richtig und verdienstvoll ist auch der Hinweis, daß die Menschen in den Wohlstandsstaaten sehr viel größere Anstrengungen machen müssen, um in den Entwicklungsländern die Not, die vielfach Anlaß zum Verlassen der Heimat ist, Schritt für Schritt zurückzudrängen. Wichtig ist ferner, daß das Ringen um den Frieden und um eine die Menschenwürde wahrende politische Ordnung in vielen Ländern entscheidende Aufgabe für uns alle sein muß; dabei weiß jeder, wie außerordentlich gering die praktischen Möglichkeiten einer Bundesregierung zu solchen politischen Einwirkungen sind. Dies vorausgeschickt, drängen sich bei einer intensiven Beschäfti-



Staatsminister Albrecht Martin, MdL, EAK-Bundesvorsitzender

gung mit der genannten Handreichung einige Fragen auf, die sowohl in der innerkirchlichen Diskussion als auch für das Gespräch zwischen Kirche und Staat von einigem Belang sein mögen. Die Reihenfolge der Fragen soll keine Gewichtung sein.

1. Ist es wirklich sachgemäß und vor allem im Blick auf die gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland geführte Diskussion um das Asylantenproblem hilfreich, wenn die Handreichung praktisch die Asylsuchenden, die um ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Rasse wegen an Leib und Leben bedroht sind, mit solchen Flüchtlingen gleichsetzt, die durch wirtschaftliche Not sich gedrängt fühlen, die Heimat zu verlassen? Die Lage mag aus der Sicht des Betroffenen gleich schwer sein, aus der Sicht dessen, der helfen soll, ist sie jedenfalls völlig verschieden, zumal keineswegs die ärmsten Menschen zu uns kommen, sind sie doch in der Lage, die hohen Reisekosten aufzubringen. Der Not des aus Armut Fliehenden ist, möglicherweise sogar auf Dauer, durch entsprechende Entwicklungshilfemaßnahmen zu begegnen, den aus den genannten Gründen um Asyl Nachsuchenden in vielen Fällen wirklich nur durch das Angebot einer neuen Heimstatt. Eine sorgfältigere Unterscheidung wäre gerade im Interesse der Aufgabe, sowohl für Asylsuchende wie für Flüchtlinge die Bereitschaft zur Hilfe zu wecken, dienlich.

2. Ist es wirklich sachgemäß, die „Konflikte, die zum Entstehen der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen führen, teilweise noch durch den Kolonialismus mit verursacht zu sehen“ und daraus eine besondere Verpflichtung der Staaten Westeuropas zu folgern? Es soll überhaupt nicht bestritten werden, daß die europäischen Staaten im Zeitalter des Kolonialismus Schuld auf sich geladen haben. Aber so einfach lassen sich Ursache und Wirkung nicht mit den Kategorien Schuld und Sühne gleichsetzen. Die Hilfe, die wir Flüchtlingen und Asylsuchenden schulden, ist in ihrer gegenwärtigen Lage begründet, nicht aber in historisch problematischen Urteilen über bestimmte Entwicklungen in der Vergangenheit.

Es hilft nicht weiter, wenn das Erkennen und Anerkennen der Schuld des eigenen Volkes oder, wie in diesem Falle, ganz Europas, – aus dem Glauben des Christen richtig und notwendig, – zum Instrument politischer und sei es auch entwicklungspolitischer, Forderungen wird.

3. In der gegenwärtigen Situation hilft es nicht weiter, auf den Beitrag der Hugenotten für die Entwicklung der Deutschen in den letzten drei Jahrhunderten oder gar auf den entscheidenden Beitrag der mehr als 10 Millionen deutschen Heimatvertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen. Die Aufnahme und Integration von Menschen eines Volkes, einer Sprache, einer Kultur, einer gemeinsamen Geschichte und gleicher politischer Zielsetzung hat selten Schwierigkeiten gemacht, und die Hugenotten kamen, nur durch die Sprache von der deutschen Bevölkerung getrennt, mit teilweise über-

legenen technischen Kenntnissen in das durch den 30jährigen Krieg menschenleer gewordene Land. Die Bundesrepublik ist aber ein dicht besiedeltes Land mit einem in den Ballungsräumen heute schon hohen Anteil von Ausländern aus zum Teil völlig anderen Kulturbereichen. Welche Probleme damit verbunden sind, zeigt eine Grundschule oder Hauptschule in Frankfurt oder einer anderen Großstadt. Wenn Eltern fürchten, daß ihre Kinder bei einem hohen Ausländeranteil in der Klasse nicht so gefördert werden können, wie das ihrem Interesse entspricht, so hat das mit Fremdenfeindlichkeit zunächst überhaupt nichts zu tun. Solche Fremdenfeindlichkeit kann aber entstehen, wenn man die Nöte dieser Eltern nicht ernstnimmt.

4. Kann man bei allen Überlegungen die Tatsache außer acht lassen, daß der Asylsuchende, der den Boden der Bundesrepublik Deutschland betritt, ja nicht in erster Linie auf Taten der Barmherzigkeit angewiesen ist, sondern sehr weitgehende Rechte erwirbt? Er hat nicht nur Anspruch auf soziale Sicherheit, die unter Umständen, etwa auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, sehr umfassend sein kann, sondern er gewinnt gegenüber diesem Staat einen Rechtsanspruch, den er durch mehrere Instanzen verfolgen kann. Befürchtungen in der Bevölkerung haben darin ihre Ursache, daß man sich gegenüber den, oft von Dritten organisierten, Strömen von Asylsuchenden völlig hilflos fühlt. Unter den gegebenen Umständen hängt die Zahl der bei uns ankommenden Asylsuchenden nicht zuletzt davon ab, ob kriminelle Schlepperorganisationen erfolgreich waren und welche Kapazitäten bestimmte örtliche Fluggesellschaften frei haben. Der Appell zur Nächstenliebe richtet sich also an Menschen, die sich weitreichenden Rechtsansprüchen von Asylsuchenden gegenübersehen, gegen die sie sich nicht wehren können und die sie in manchen Fällen als unbegründet ansehen müssen. Darin ist nicht zuletzt die besondere Lage der Bundesrepublik Deutschland begründet.

5. Die Handreichung stellt fest: „Die evangelische Kirche vertritt nicht die Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland könne und solle unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen“. Aber welchen Wert hat diese Aussage, wenn man erklärt, daß „aus rechtlichen und vor allem aus humanen Gründen ganz erhebliche Bedenken“ gegen praktisch alle asylopolitischen Maßnahmen bestehen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland den Mißbrauch des Rechtes auf Asylgewährung zu begrenzen sucht. Niemand leugnet, daß diese Maßnahmen für die Betroffenen belastend sein können. Aber welche Möglichkeiten bleiben, wenn am Grundsatz der Asylgewährung festgehalten werden soll? Im Ergebnis bleibt dann doch der ungehinderte Zugang für alle.

6. Diese Folgerung, in der Handreichung selbst nicht ausdrücklich gezogen, entspricht gleichwohl deren Tendenz, zumal die Schrift feststellt: „Letztlich aber ist eine ‚Belastungsgrenze‘ mit objektiv meßbaren Kriterien allein nicht bestimmbar.“ Wo die Bela-

stungsgrenze liegt, hängt von einer Fülle von Faktoren ab, die oft nicht objektiv meßbar, aber gleichwohl wirksam sind und von jedem, der politisch verantwortlich handeln will, beachtet werden müssen. Die Grenze hängt z. B. davon ab, wie fremd die in eine Gesellschaft Hinzukommenden sind, auch davon, ob man sie durch Asylsuchende mißbraucht fühlt. Es liegt also im Wesen der Dinge, daß entscheidende Kriterien nicht objektiv meßbar sind; aber die eigentlichen Gründe für die Bereitschaft zu helfen, sind ja auch nicht objektiv meßbar. Natürlich muß man sich vor Äußerungen hüten, durch die Fremdenfeindlichkeit geweckt werden kann; aber vor durchaus denkbaren Entwicklungen zu warnen, ist Pflicht jedes verantwortlich Handelnden.

7. Die Handreichung weist zu Recht darauf hin, daß in der frühen Christenheit das Wissen, „Fremdlinge und Pilger“ in dieser Welt zu sein, eine lebendige Realität war und daß dieses Wissen eine besondere Nähe zu Fremden und eine innere Solidarität mit allen Heimatlosen schaffe. Richtig ist auch, daß damit der Horizont angedeutet ist, in dem sich das christliche Tun bewegt, nicht aber eine „neue Gesellschaft“ proklamiert. Aber hält die Handreichung die Spannung zwischen der Perspektive der künftigen

Welt Gottes und der Vorläufigkeit unserer Welt wirklich durch? Entgeht sie der Gefahr, eben doch die künftige Welt Gottes nicht nur zur Richtschnur unseres Handelns, sondern als unmittelbar zu praktizierende Aufgabe zu machen? Jedenfalls verweigert die Handreichung die wirkliche Auseinandersetzung mit Fakten und Meinungen, die unter dem Horizont der neuen Welt sehr vorläufig sind, die aber in Zeit und Raum, das heißt unter den Bedingungen, unter denen wir handeln sollen, sehr wohl ihre Bedeutung haben.

Handreichungen und Denkschriften der EKD machen auf wichtige Aspekte der Probleme aufmerksam, regen zum Gespräch, zum Weiterdenken an. Die Schrift „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ macht auf Wahrheiten und Einsichten aufmerksam, auf die ein Christ bei seinem Handeln nicht verzichten kann, aber sie erspart nicht das Weiterdenken. Die hier geäußerten Bedenken möchten einen Beitrag leisten aus der Sicht eines Christen, der politisch verantwortlich handeln soll.

**Hinweis der Redaktion:** Die Broschüre „Flüchtlinge und Asylsuchende“ können Sie beim Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Str. 12, 3000 Hannover 21, beziehen.

---

## Jugendarbeitslosigkeit – nur ein Arbeitsmarktproblem?

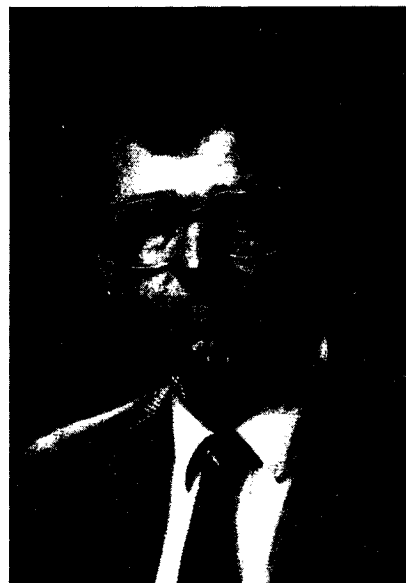
Uwe Wienholz

---

Seit Ende der siebziger Jahre, mit dem Eintritt der sogenannten geburtenstarken Jahrgänge in das ausbildungsfähige Alter und gleichzeitig mit den Auswirkungen einer verfehlten sozialdemokratischen Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, erleben wir durch die Medien vermittelt das immer wieder gleiche traurige Schauspiel: Den Kampf um die Zahlen von sogenannten arbeitslosen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland. Je nach politischen und vor allem unterdessen ideologischen Standort, je nach Interessenlage der jeweiligen Funktionärsgruppierung, die vorgibt, die Interessen der Betroffenen zu vertreten, werden die unterschiedlichsten Zahlen, selbstverständlich global, in die Welt gesetzt. Viele verfahren nach dem Grundsatz, je extremer die Aussage, desto größer die Chance möglichst hohe Aufmerksamkeit zu erregen. So findet sich z. B. im Informationsdienst der nationalen Kommission der Bundesrepublik Deutschland für das internationale Jahr der Jugend 1985 vom 28. Juli 1986 folgende Aussage: „1985, im internationalen Jahr der Jugend, waren in der Bundesrepu-

blik Deutschland rund 1 Million Jugendliche unter 25 Jahren ohne Ausbildungsplatz; auch die industrielle Reservearmee von gut 1,5 Millionen Erwerbslosen umfaßt zu einem großen Teil junge Menschen.“ Auf der anderen Seite können wir den Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und der Bundesanstalt für Arbeit im Monat August 1986 entnehmen, daß sich vor allem im Bereich der Suche nach Ausbildungsplätzen die Situation weiter entspannt habe und daß die Differenz zwischen den noch offenen Ausbildungsplätzen und den Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen nur noch eine Dimension von mehreren zehntausenden erreiche.

Seit Beginn der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl, versuchen die parlamentarische Opposition, vor allem aber die außerparlamentarischen Oppositionsgruppierungen, das Thema Jugendarbeitslosigkeit in der jugendpolitischen, bildungspolitischen, sozial- und wirtschaftspoliti-



Uwe Wienholz

schen Auseinandersetzung mit viel, oft radikaler, Polemik gegen diese Bundesregierung zu benutzen, nicht zuletzt auch im Kampf um

Kopf und Herz der jungen Generation und die Wählerstimmen der jeweiligen Jungwählergeneration. Der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU hat sich daher unter der Federführung des Verfassers dieses Artikels in den letzten Monaten ausführlich mit den Fragen der Jugendarbeitslosigkeit befaßt und das Ergebnis seiner Arbeit in einem offiziellen Papier unter dem Titel: „Initiative für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung“ im Sommer dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt.

---

### **Bildungssystem und Arbeitsmarkt**

---

Das Tragische an der langjährigen Auseinandersetzung um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist es, daß sie zunehmend dazu geführt hat, daß die Komplexität des Phänomens, die unterschiedlichen Regionalfragen usw. insgesamt in ihrer Differenziertheit dem Bewußtsein der Öffentlichkeit immer mehr entschwunden sind zu Gunsten eines einzigen, nicht mehr operationalisierbaren Begriffes. Dazu kommt, daß dieser abstrakte Begriff es leicht ermöglicht, die individuelle Verantwortung des Bürgers für das Einzelschicksal im Rahmen eines Gemeinwesens zu verdrängen.

Hinter dem politischen Kampfbegriff „Jugendarbeitslosigkeit“ verbirgt sich doch wirklich viel viel mehr, was wenigstens in Ansätzen in seiner Differenziertheit aufgezeigt werden sollte. Wir haben einerseits das Problem des Übergangs von der Schule in den Beruf, das heißt, in der Regel die Suche nach einem Ausbildungsplatz, bzw. einem Studienplatz nach Abschluß der schulischen Bildung. Wir haben andererseits die Suche eines an einer beruflichen Vollzeitschule oder an einer Hochschule ausgebildeten jungen Menschen nach einem geeigneten Arbeitsplatz. Im ersteren Falle handelt es sich primär um eine Frage unseres Bildungssystems, im zweiten Falle um eine Frage unseres Arbeitsmarktes bzw. unseres Beschäftigungssystems. Zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystemen gibt

es eine enge Verkopplung, die natürlich letztlich unauflösbar ist. Wir können heute sagen, daß im Bereich der Suche nach Ausbildungsplätzen eine deutliche Entspannung eingetreten ist am Ausbildungsmarkt, wir wissen andererseits, daß die Frage der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen nach Abschluß der Lehre oder des Studiums nur im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung auf dem Arbeitsmarkt gesehen werden kann. Was wir bei derartigen Globalaussagen auch immer leicht übersehen, ist die Tatsache, daß wir unterdessen außerordentlich starke regionale Unterschiede haben. Im mittleren Neckarraum um Stuttgart herum wird es 1986 ähnlich wie 1985 schon viele tausend interessante Ausbildungsplätze geben, die nicht mit Auszubildenden zu besetzen sind, im Ruhrgebiet, im Emsland oder in Ostfriesland suchen tausende junger Menschen vergeblich nach freien Ausbildungsplätzen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt stellt sich vergleichbar unterschiedlich dar, die Zahlen der Arbeitslosen im Arbeitsamtbezirk Göppingen einerseits mit etwa 4% Arbeitslosen insgesamt und den Arbeitsamtsbezirken Dortmund oder Lehr mit ca. 15% Arbeitslosen sprechen eine deutliche Sprache. Darüber hinaus müssen wir berücksichtigen, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen oder Arbeitsplätzen für Männer in der Regel immer noch günstiger aussieht als für Frauen, für deutsche Staatsbürger erheblich günstiger als z. B. für Ausländer.

---

### **Verantwortung und Verantwortlichkeit**

---

Alle Zahlen gehen davon aus, daß es sich bei den Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzsuchenden immer um normale Bürger mit normaler durchschnittlicher Intelligenz, mit normalen Verhalten, normalen Problemlagen usw. handelt. Da dieses aber so nicht ist, wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Begriff des „Benachteiligten“ und der Begriff des „Behinderten“ geschaffen für alle diejenigen, die sich nicht in einer entsprechenden nor-

malen Situation befinden. Vor allem der Begriff des „Benachteiligten“ beginnt aber schon wieder politisch zu entarten über Aussagen wie z. B. die junge Generation sei insgesamt benachteiligt: oder Frauen seien grundsätzlich zu den Benachteiligten zu zählen; usw. usf. Trotz dieser Inanspruchnahme des Begriffs der Benachteiligung für gesellschaftliche Großgruppen müssen wir festhalten, daß er vom Ansatz her seine Berechtigung hat. Wir haben die jungen Menschen, die körperbehindert oder sinnesbehindert, lernbehindert oder verhaltensbehindert sind. Ohne besondere Hilfen und Unterstützung sind sie nicht in ein normales Ausbildungsverhältnis und Arbeitsverhältnis zu vermitteln. Wir haben die jungen Menschen, die schwere Erziehungsmängel aufweisen – nicht nur Heimkinder – wir haben die jungen Menschen, die schon in ihrer Jugend vom Alkohol oder von Drogen abhängig wurden. Wir haben die jungen Menschen, die erheblich psychisch beeinträchtigt sind usw. Christliche Ethik beinhaltet die Freiheit des Christenmenschen, ein entscheidendes Element westlich abend-

---

## **Aus dem Inhalt**

<b>Flüchtlinge und Asylsuchende – Anmerkungen zu einer Handreichung –</b>	<b>1</b>
<b>Jugendarbeitslosigkeit – nur ein Arbeitsmarktproblem?</b>	<b>3</b>
<b>Die Erde – Unser Haus</b>	<b>6</b>
<b>Ist Gott gegen Atomkraftwerke?</b>	<b>8</b>
<b>Die Technik aus christlicher Sicht</b>	<b>9</b>
<b>Die Bundesrepublik Deutschland – Eine Sofa- und Bananenrepublik?</b>	<b>11</b>
<b>Namen und Nachrichten</b>	<b>12</b>
<b>Aus unserer Arbeit</b>	<b>13</b>
<b>Buchbesprechung</b>	<b>16</b>

---

dischen Demokratie- und Staatsverständnisses. Einer der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Johann Georg Reismüller, formuliert im Kommentar vom 12. August 1986: „Jeder ist für sich verantwortlich“, daher: „Zu einem freien Staat gehören Bürger, die Verantwortung für sich selbst tragen, dies auch wollen und die für ihre Fehler, für ihre Schuld verantwortlich gemacht werden.“ In vollem Umfang Verantwortung für sich tragen, dazu sind nicht alle Glieder unserer Gemeinschaft in der Lage, ihnen müssen wir unter dem Stichpunkt Chancengerechtigkeit, der als Contrapunkt zu dem Begriff der Chancengleichheit die Bildungsdiskussion der siebziger Jahre mitbeherrscht hat, dann auch besondere Chancen einräumen.

Wir müssen uns wohl auch fragen, wie es mit der Verantwortlichkeit des Jugendlichen und des jungen Erwachsenen (18–25) an sich bestellt ist. Die Entwicklungspsychologie stellt fest, daß zwischen dem körperlichen Reifungsprozeß und dem Prozeß der Persönlichkeitsreife ein immer größeres Auseinanderklaffen erkennbar wird, so daß der volljährige 18-jährige, der damit politisch mündig ist, in vielen Fällen seine Identität noch nicht gefunden hat, in seiner Persönlichkeitsentwicklung noch ungeheuer labil ist. Jeder von uns kennt genügend Beispiele aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis von sogenannten jungen Erwachsenen, denen sich wohl eindeutig eine Unreife der Persönlichkeit attestieren läßt. Die Sozialpsychologie mit ihrem Begriff der Sozialisation gibt uns Hinweise, daß wir mit der ständigen Verlängerung von sogenannten Schutz- und Schonräumen für junge Menschen diese Entwicklung immer weiter unterstützen und verstärken. Wir steuern damit geradewegs auf die Auseinandersetzung zu, die seit vielen Jahren in Fachkreisen besonders in der evangelischen und katholischen Jugendsozialarbeit eine wesentliche Rolle gespielt hat und weiterhin spielt: Ist Jugendarbeitslosigkeit ein individuelles Problem? Ist Jugend-

arbeitslosigkeit ein gesellschaftliches Problem? Diese Auseinandersetzung war und ist aber unfruchtbar, denn Jugendarbeitslosigkeit ist sowohl ein individuelles wie ein gesellschaftliches Problem, und christliche Ethik verlangt, sowohl dem einzelnen, der unserer Hilfe bedarf, zu helfen, wie eine Politik zu betreiben, die insgesamt mehr Ausbildungsplätze und mehr Arbeitsplätze nicht nur regional sondern vor allem national und im internationalen Vergleich, da wir längst eine Globalökonomie haben, ermöglicht.

### Hilfe ist nötig und möglich

Wenn wir jungen Menschen, die auf irgend eine Weise persönlich benachteiligt sind, in dem großen Feld des Übergangs von Schule in den Beruf besondere Hilfen gewähren müssen, müssen wir zunächst überprüfen, wie weit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür überhaupt zureichend sind. Dieses hat der Bundesfachausschuß Jugendpolitik detailliert geleistet und

*Nicht Genies, nicht Zyniker,  
nicht Menschenverächter, nicht  
raffinierte Taktiker, sondern  
schlichte, einfache gerade Men-  
schen werden wir brauchen.*

Dietrich Bonhoeffer, 1944, in Widerstand und Ergebung, 1956, S. 31.

ist zu dem Ergebnis gekommen, daß insgesamt die rechtlichen Voraussetzungen vorhanden und zureichend sind. Das reicht von der Rehabilitationsgesetzgebung über das Arbeitsförderungsgesetz in seiner letzten Novellierung bis zum Jugendhilferecht in seiner derzeit bestehenden Form. Die Probleme liegen wie fast immer viel mehr im Detail: Es sind die zum Teil mangelnde Finanzausstattung von Maßnahmenbereichen, es sind das hohe Maß an Bürokratie auf allen Ebenen, die eine flexible Handhabung von Instrumenten entsprechend den Bedürfnissen

des einzelnen jungen Menschen oft nicht zulassen, es sind die Probleme, die die Träger intern und vor allem untereinander haben, die die Maßnahmen durchführen und es ist insgesamt der mit dem steigenden Wohlstand festzustellende, zunehmende Egoismus von immer mehr Bürgern unseres Staates. Die Entwicklung vom Wohlfahrtsstaat zum Versorgungsstaat, die auch bei uns in den sechziger Jahren eingeleitet worden ist, schwächt die individuelle Bereitschaft, sich für den Nächsten zu engagieren, wie wir insbesondere an dem sogenannten schwedischen Modell beobachten konnten. Wir müssen den Satz, mit dem im Bereich der Wohlfahrtsverbände werbend gearbeitet wird, in seiner Spannung zwischen den beiden Polen wieder ernst nehmen: „Hilfe zur Selbsthilfe!“. Aus einem derartigen Satz Folgerungen zu ziehen, ist verbal einfach, in der Praxis oft schwer. Hilfe zur Selbsthilfe muß z. B. heißen, gerade benachteiligte junge Menschen besonders auf die Herausforderung vorzubereiten. Z. B. im Bereich der neuen Technologien, z. B. im Bereich der ökologischen Fragestellung. So hat das Land Rheinland-Pfalz für Problemjugendliche ein sogenanntes „Ökoprogramm“ aufgelegt, das im Zusammenhang mit dem Programm der Bundesanstalt für Arbeit, „Arbeit und Lernen“, durchgeführt wird. Ein Musterbeispiel, das leider bisher von anderen Bundesländern noch nicht übernommen wurde. So gibt es z. B. im ganzen Bundesgebiet noch keine Modelle, wie wir lernbehinderte oder verhaltensbehinderte oder beeinträchtigte junge Menschen auf die computerisierte Arbeitswelt von morgen vorbereiten. Entwicklungen, die in Frankreich oder in Großbritannien schon 1980/81 eingeleitet wurden.

Was vor allem fehlt, sind Zuwendung, Engagement, Wärme, ein menschliches, pädagogisches Klima, das den individuell Benachteiligten annimmt. Unser christliches Menschenbild sagt uns, daß jeder einzelne Mensch eine einmalige Schöpfung Gottes ist. Diese christliche Grundüberzeugung verlangt

von uns jeden Tag neues Engagement, verlangt von der Politik die auf christlicher Verantwortung basiert, jeden Tag ein erneutes überprüfen der Handlungsweise. Das Stichwort „Jugendarbeitslosigkeit“ ist für uns alle eine Herausforderung, die besonders für den individuell benachteiligten jungen Menschen neben der fachlichen Qualifizierung vor allem zu Hilfen bei der Herausbildung der Persönlichkeit führen muß.

**Anmerkung:** Diplom-Politologe Uwe Wienholz ist in Berlin geboren und hat Germanistik, Geschichte und Politikologie an der Freien Universität Berlin studiert. Er ist hauptberuflich Leiter des Geschäftsbereichs Politik und Bildung im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. Ehrenamtlich übt er die verschiedensten Funktionen im Bereich der evangelischen Jugend- und Jugendsozialarbeit aus. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugendaufbaudienst, Mitglied des Vorstandes der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, des Dachverbandes der Jugend-

sozialarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, dessen Vorsitzender er von 1983–1985 war.

Wienholz ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Württemberg und Mitglied des Bundesvorstandes des EAK. Außerdem arbeitet er seit mehreren Legislaturperioden im Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU mit.

Die offizielle Stellungnahme der CDU, auf die in dem Artikel Bezug genommen wird: „Initiative für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung“, ist in der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Referat Jugendpolitik erhältlich.

Zum Thema „**Jugendarbeitslosigkeit**“ schrieb vor kurzem die Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ der CDU, Professor **Gabriele Kokott-Weidenfeld**, MdL:

Generalstabsmäßig vorbereitet startet die DGB-Jugend am 13. September unter dem Motto „Stop Jugendarbeitslosigkeit – wer nicht ausbildet, muß zahlen!“ ihren sogenannten „Aktionsherbst“. Im Gepäck: Allerhand aufbereitete Zahlen und Fakten, die eine zunehmende Verelendung der deutschen Jugend beschreiben (sollen). Nur – die Wirklichkeit sieht anders aus als die Zahlen der DGB-Jugend es glauben machen wollen. Ihre Behauptungen sind schlicht unzutreffend; denn in diesem Jahr werden weder 241.000 Jugendliche ohne Ausbildung bleiben, noch sind in diesem Jahr über eine Million junge Menschen arbeitslos und schließlich findet in diesem Jahr auch kein Abbau der Beschäftigung statt.

Richtig ist:

- In den Jahren 1983 bis 1986 haben rund 2,8 Millionen Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Das sind rund 250.000 mehr als in den vier Jahren zuvor. Die ganze Welt beneidet uns um das duale System der Berufsausbildung, in dem in den letzten Jahren trotz stärksten Bewerberandrangs jeweils mehr als 95 Prozent der lehrstellensuchenden Jugendlichen eine Ausbildung beginnen konnte.
- Die Zahl der jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren ist seit Mitte 1984 kontinuierlich – um über 100.000 – zurückgegangen. Sie liegt derzeit erstmals seit 1982 wieder deutlich unter einer halben Million.
- Die Zahl der Beschäftigten hat 1985 um 200.000 zugenommen; in diesem Jahr wird die Zahl der Beschäftigten nochmals um 300.000 steigen. Gerade jungen Menschen kommt diese Entwicklung in verstärktem Maße zugute.

Alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik sind aufgerufen, sich für noch mehr Chancen der Beschäftigung und der beruflichen Qualifizierung einzusetzen. Auch der Einsatz der DGB-Jugend für bessere Berufschancen Jugendlicher ist auf den ersten Blick zu begrüßen. Jedoch muß den Jugendfunktionären angesichts ihrer statistischen Rechenkünste vorgehalten werden, daß sie ein gebrochenes Verhältnis zu „Wahrheit und Klarheit“ haben. Schwarzmalereien und Panikmache schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz.

## Die Erde – Unser Haus

Burkhard Budde

Wie kann die Erde ein Haus werden oder bleiben, in dem sich seine Bewohner zu Hause fühlen? Ist ein Ausbau zum Hochhaus oder ein Abriß und Neubau notwendig? Oder muß das Haus Erde behutsam ausgebaut und an bestimmten Stellen umgebaut werden? Sind die Fundamente stabil genug? Wer verantwortet die Ziele, Mittel und Folgen eines neuen Bauplanes? Welche Rolle spielen die Bewohner des Hauses? Wer ist eigentlich der Bauherr?

Nicht nur solche Fragen werden zur Zeit in den 33 Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche von Westfalen gestellt, um die im November dieses Jahres tagende Landessynode, die sich mit dem Schwerpunktthema „Verantwortung für Gottes Schöpfung“ beschäftigen wird, vorzubereiten. In den 643 Kirchengemeinden und auf den Kreissynoden wird immer häu-

figer kontrovers diskutiert. Präses Hans-Martin Linnemann (Bielefeld) hat denn auch in dem Vorwort des Vorbereitungsheftes, das als Gesprächsgrundlage dienen soll, alle ermutigt, den Streit um die Wahrheit zu führen. „Über die einzelnen Wege, wie wir unsere Schöpfungsverantwortung wahrnehmen können, darf in den Gemeinden und Gruppen durchaus gestritten wer-

den.“ Geht es um einen politischen Streit, der noch einmal im kirchlichen Namen der erstaunten Welt demonstriert wird? Oder steht dahinter das Bemühen, die biblische Schöpfungsverantwortung im Zusammenhang mit den großen Herausforderungen der Gegenwart darzustellen und somit in der Welt Licht der Welt zu sein?

Der Evangelische Pressedienst meldete in den letzten Wochen erste Ergebnisse von den Tagungen der Kreissynoden. Eine Grundaussage vieler Meldungen war der Ausstieg aus der Kernenergie. Die Kreissynode des Kirchenkreises Gütersloh beispielsweise sprach sich mit großer Mehrheit für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie aus. Die Synode des Kirchenkreises Lübbecke forderte sogar den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Mehrheit der Synodalen verabschiedete ein Papier, in dem die weitere Entwicklung der Atomenergie sowie die weitere Betreibung der Atomkraftwerke als „vor Gott und seiner Schöpfung nicht zu verantworten“ bezeichnet wird. Die Synode des Kirchenkreises Paderborn erwartet von der Landessynode ein „eindeutiges Wort gegen jegliche Nutzung von Atomenergie“. Auf der Vlothoer Synode fand die Forderung, den Ausstieg vorzubereiten, zwar keine Mehrheit, aber Betroffenheit und Mahnung zur Umkehr werden festgehalten. Landeskirchenrat Her-

bert Rösener, der im Landeskirchenamt in Bielefeld für Umweltfragen zuständig ist, schreibt im Spenger Gemeindebrief: „Der Kernreaktorunfall von Tschernobyl und seine noch lang nachwirkenden Folgen für viele europäische Länder haben wieder jedem deutlich gemacht, wie dringend notwendig es auch für die Kirche ist, über die Verantwortung für Gottes Schöpfung neu nachzudenken.“

Aber was „kann die Kirche sinnvoll zu den Problemen von Kernenergie und Großtechnik sagen?“ fragt Walter Allgaier in der Wochenzeitung Rheinischer Merkur am 18. Juli dieses Jahres und meint, daß es nicht Aufgabe der Kirche sein kann, einen sofortigen Ausstieg zu fordern oder eine bestimmte Entsorgungsart zu favorisieren und damit die Diskussion zu steuern.

Gibt es einen besonderen kirchlichen Dienst, um die Erde als Haus für alle bewohnbar zu erhalten? Oder soll die Kirche konkrete politische Forderungen sozusagen im höheren Chor noch einmal erheben?

**1. Der Dienst der Seelsorge und Nachfolge.** Die existierenden Ängste, Sorgen, Klagen, Anklagen und die persönliche Betroffenheit – ob nun berechtigt oder nicht – müssen im kirchlichen Raum ernstgenommen und dürfen zum Ausdruck gebracht werden. Weder pessimistische Schwarz-Weiß-Malerei noch optimistische Blauäugigkeit, weder übertriebene Verteufelung noch verharmlosende Glorifizierung sind als Reaktionen einer Kirche Jesu Christi angebracht und hilfreich. Vielmehr soll – entsprechend dem Vorbild Jesu – ein einzelner oder eine Gruppe Annahme, Verständnis und bedingungslose Gemeinschaft erfahren. Niemand wird jedoch ernstgenommen, wenn man seine Gefühle, Motive oder Auffassungen einfach bestätigt, absegnet oder sogar für einen kirchlichen Überbau sorgt. Kirche oder Ort der Belasteten und Suchenden muß auch ein Ort der Erquickung, des Trostes und der Erneuerung sein. Nachdem Menschen in ihrer Situation angesprochen worden sind, muß ihnen auch das Evangelium zugesprochen werden. Eine Kirche, die nur nachspricht und nicht

auch widerspricht, übersieht den, der in den Ängsten die Angst überwindet: Jesus Christus, die Wahrheit und Lebensperspektive für alle, der Stein, den die Bauleute verworfen haben und der zum Eckstein geworden ist, ein Stein des Anstoßes und ein Fels des Ärgernisses (vgl. 1. Petr 2,4–10).

Der Herr der Kirche macht aus seiner Nachfolgerschaft keine einseitige Interessen-, Gruppen- oder Parteivertretung. Der Gekreuzigte und Auferstandene – wie er in der Heiligen Schrift bezeugt ist – vermittelt kein Fachwissen im Blick auf technische oder wissenschaftliche oder politische (Kernenergie-)Fragen. Aber er lädt immer wieder neu ein, neues Grundvertrauen in Gottes gute Herrschaft zu wagen, mit gelebter Hoffnung Verantwortungslosigkeit und Erstarren durch apokalyptische Ängste zu überwinden und Gott gegenüber in freier Entscheidung und mit persönlicher Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen.

**2. Der Dienst der Verkündigung und der Theologie.** Das Gewissen vom Worte Gottes her zu schärfen und gegebenenfalls zu trösten ist Sache der Kirche. Die Kirche kann darüber hinaus zwar alles mögliche tun und sagen. Aber nicht alles baut Gemeinde Jesu Christi auf. Das im Augenblick Nötige ist die Verkündigung des Christlichen im Christentum: Der Vater Jesu hat in Jesus Christus gehandelt und wirkt durch den Geist Christi als unser Vater bis zur endgültigen Schöpfung.

Eine Arbeitsgruppe der letzten Herforder Kreissynode betonte, daß weder Entgöttlichung noch Vergöttlichung der Natur eine Alternative bildeten. „Gott ist zwar in der Natur, geht aber nicht in der Natur auf, sondern übergreift sie.“ Die Natur kann sich nach dem Gesetz der Stärke oder nach dem Gesetz der gegenseitigen Hilfe entwickeln. Das Gesetz Christi ist jedoch das Gesetz der Liebe und nicht das Gesetz der Auslese. Was die Beachtung des Gesetzes der Liebe konkret bedeutet, kann zu Spannungen und unterschiedlichen Auffassungen führen und muß in der Kirche ausgehalten werden. Die Heilige Schrift, auf die sich alle berufen und

#### Unsere Autoren:

Albrecht Martin, MdL  
Minister für Bundesangelegenheiten  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Schedestraße 1-3  
5300 Bonn

Uwe Wienholz  
Thomas Mann Straße 21  
7120 Bietigheim-Bissingen

Burkhardt Budde  
Werburger Straße 6  
4905 Spenge

Wolfgang Sickinger  
Sunderplatz 5  
4330 Mülheim

Prof. Dr. Horst G. Pöhlmann  
Schöneberger Straße 6a  
4512 Wallenhorst

die ein Einheitsband darstellt, bietet keine konkrete Bauanleitung in Fragen der Ökologie. Allerdings ist sie auch kein Freibrief für den Menschen, sich hemmungs-, grenzen- und schrankenlos als Eigentümer der Erde aufzuspielen. Der Mensch ist zwar kein Handlanger oder bloß Befehlsempfänger Gottes, aber ein eigenständiger und treuer Mitarbeiter, der in seiner Umgebung etwas von der guten Herrschaft Gottes repräsentieren soll. Er ist zum Ebenbild bestimmt und bleibt Geschöpf und deshalb dem Schöpfer verantwortlich, der nicht will, daß die Natur als Steinbruch immer neuer „babylonischer Turmbauten“ gebraucht und die Mitwelt und Mitgeschöpfe mißbraucht werden.

Viel Zustimmung fand die Forderung des Herforder Superintendenten Rudolf Müller-Knapp auf der letzten Kreissynode, als Kirche wieder mehr Theologie zu betreiben, um konkrete Not grundsätzlich vom Evangelium her wenden zu können. In der Tat: Je höher wir bauen, desto wichtiger wird das Nachdenken über den Lebens- und Glaubensgrund, auf dem wir alle stehen, der uns trägt und häufig auch ertragen muß.

**3. Der Dienst der Vermittlung und Versöhnung.** Die Kirche hat in

fachlichen Fragen keine spezielle Kompetenz und Autorität. Die Formel „Bebauen und Bewahren“ (1. Mose 2, 15) stellt, worauf der Theologieprofessor und Ethiker, Dr. Christofer Frey aus Bochum, zu Recht hinweist, keine scharfen Merkmale zur Verfügung. Deshalb muß die Diskussion sich auch auf die Vernunft erstrecken. Die Vernunft darf nicht abgeschafft, sondern muß erneuert werden, zur Vernunft kommen, Differenzierung und konstruktives Kritisieren lernen, wenn das Geschöpf sündigt, selber Schöpfer spielen möchte und die Verantwortungsinstanz, Gott, aus dem Auge verliert. Sachinformationen und Wertungen im Horizont der Aussagen der Bibel müssen unterschieden, können aber nicht voneinander geschieden werden, da sie sich wechselseitig bedingen. Die ethische Horizonsweiterung ist Voraussetzung und Hilfe bei der Suche nach dem richtigen Weg im Blick auf die Frage der Kernenergie. Allerdings kann man von einer Landessynode weder einen Schiedsspruch noch eine energiepolitische Parteilichkeit erwarten. Vielmehr besteht ihre Aufgabe darin, zum neuen Hören, gegenseitigem Verstehen und zur Überwindung der Gegensätze, zur schritt-

weisen Entfeindung beizutragen. Der Dienst der Vermittlung und Versöhnung besteht darin, vom christlichen Glauben her nach beiden Seiten hin zu fragen, anzufragen und zu hinterfragen und zum Gespräch, das im Geiste des Evangeliums geführt wird, einzuladen. Vielleicht wächst aus solch einem offenen und vorurteilsfreien Lernprozeß neue Erkenntnis und Frucht, die vorbildlich für die politische Auseinandersetzung außerhalb der Kirche ist.

Der Dienst der **Seelsorge, Verkündigung und Vermittlung** kann dazu beitragen, daß die Erde ein Haus bleibt, das ein stabiles Fundament und Fenster hat, durch die der Himmel hereinschaut, der alle Menschen zu lebendigen Steinen der Liebe und Verantwortung beruft und befähigt. Das kirchliche Glaubenszeugnis im Blick auf eine wichtige politische Diskussion ist überzeugender und wirksamer als eine politische Erklärung aus dem kirchlichen Raum, die keinen Ansatz für eine gemeinsame vernünftige Lösung bietet.

**Anmerkung:** Burkhard Budde ist Pfarrer in Spenge und Mitglied des Kreissynodalvorstandes des Kirchenkreises Herford, außerdem gehört er dem EAK Landesvorstand NRW an.

---

## Ist Gott gegen Atomkraftwerke?

Wolfgang Sickinger

---

In der Nordelbischen Kirche hat sich ein bemerkenswerter Vorgang ereignet: Am 6. August beteiligten sich mehrere Pastoren an einer Sitzblockade gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf, obwohl ihr zuständiger Bischof Wilckens sie vorher in einem ausführlichen und eindringlichen Brief gebeten hatte, an der Blockade nicht teilzunehmen.

Einer der angesprochenen Pastoren teilte nach der Aktion mit, die Folgen der Atomtechnologie seien nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren. Es habe ihn geschmerzt, seinem Bischof antwor-

ten zu müssen: „**Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.**“

An diesem Punkt wird man doch sehr nachdenklich. Nicht in erster Linie wegen des Verhältnisses eines evangelischen Bischofs zu den Pastoren – daß Bischöfe in solchen Situationen recht hilflos sind oder erscheinen, ist schon länger bekannt – nein, vor allem wird man nachdenklich über den Anspruch, den der kirchliche Blockierer hier erhebt. Er meint doch dies: Gott ist auf unserer Seite, Gott steht gegen

Atomkraftwerke – ihm müssen wir gehorchen auch gegen die kirchliche und staatliche Obrigkeit.

Von einer näheren Begründung dieses Anspruchs ist nichts bekannt. Daß die blockierenden Pastoren grundlegend neue exegetische Einsichten in Texte der Heiligen Schrift gewonnen hätten oder daß ihnen der Heilige Geist eine direkte göttliche Offenbarung geschenkt hätte, darf man wohl ausschließen. Schlägt man nun aber die Apostelgeschichte des Lukas, Kap. 5 auf und liest, in welchem



Zusammenhang Petrus den Satz sagte: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“, dann stellt man fest, daß der Hohe Rat den Aposteln verbieten wollte, im Namen Jesu und über diesen Jesus Christus das Volk zu lehren. Dagegen formulieren die Apostel ihren Widerspruch und berufen sich auf den Heiligen Geist als Grundlage ihrer Verkündigung.

Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen den Aposteln und den Brokdorfer Blockierern: **es geht um die Verkündigung des gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus und nicht um umstrittene technische, wirtschaftliche und politische Ermessensentscheidungen.** Der

geistliche Anspruch der Brokdorfer Pastoren entpuppt sich als Seifenblase – mit dem Gehorsam vor Gott und gegen andere Menschen hat er nichts zu tun.

Niemand sollte es Pastoren verübeln, wenn sie gegen Atomkraftwerke eingestellt sind. Aber unter Berufung auf den Willen Gottes in dieser Frage das Recht zu brechen und (indirekte) Gewalt auszuüben, geht zu weit.

Ob Gott gegen Atomkraftwerke ist, das weiß ich nicht – aber die Brokdorfer Pastoren wissen es auch nicht. Deshalb sollte mit aller Vernunft und Sachkunde um den besten und vertretbarsten Weg zur Energieerzeugung gerungen werden, anstatt Andersdenkende mit

der Berufung auf den Willen Gottes erschlagen zu wollen.

Da niemand weiß, ob Gott auch gegen den Autobahnausbau, für den Sozialismus in Nicaragua, gegen Kohlekraftwerke, für einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika usw. ist, sollten wir uns als Pastoren an das halten, was nun wirklich eindeutig als der Wille Gottes offenbart ist: die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus „als einziger Trost im Leben und im Sterben“. Diese Botschaft gilt allen: den Befürwortern wie den Gegnern der Atomkraftwerke.

**Anmerkung:** Wolfgang Sickinger ist Pfarrer in Mülheim und arbeitet engagiert in der „Evangelischen Sammlung im Rheinland“ mit.

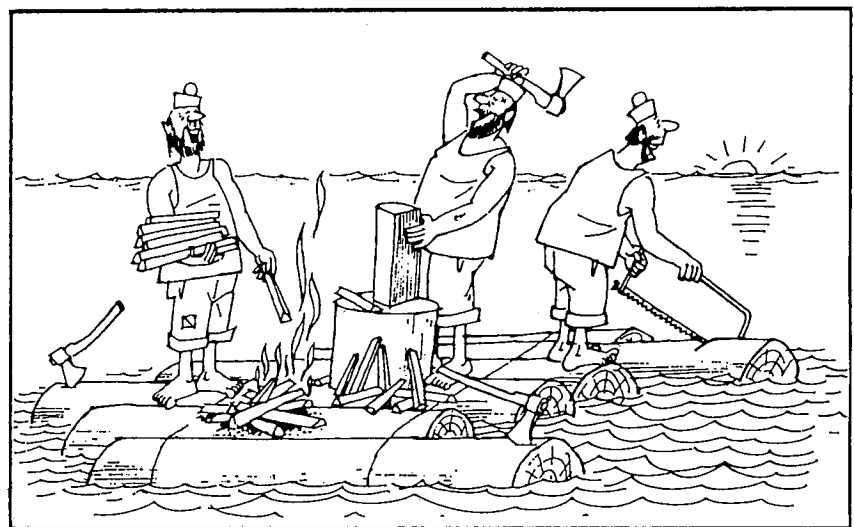
## Die Technik aus christlicher Sicht

Horst Georg Pöhlmann

Das Gewachsene wird mehr und mehr – wie es scheint – durch das Gemachte ersetzt. Organisation tritt an die Stelle des Organismus. Unsere überraschungsfreie Computergesellschaft zerstört die vierte Dimension des Geheimnishaften, die das Menschsein des Menschen ausmacht. Der technische Machbarkeitsglaube läßt keinen Raum für diese vierte Dimension des Gnadenhaften, Geschenkt. Die Technik hat sich verselbständigt und ist nicht mehr Mittel zum Zweck sondern zum Selbstzweck geworden. Dieser „Aufstand der Mittel“, die Funktionalisierung aller Lebensbereiche, ihre Reduzierung auf das reibungslose Funktionieren ist wohl das Hauptproblem unserer technischen Entwicklung. Ganz zu schweigen von der Funktionalisierung und Instrumentalisierung des Menschen, man denke an das typisch moderne Phänomen des Wegwerfpartners, an die bedenkenlose Tötung ungeborenen Lebens, an die Ausbeutung des Menschen in der Dritten Welt, an die vielen, die als Kranke, Sieche und Sterbende nicht als Subjekt sondern wie ein Objekt behandelt werden, sowie an die Entmündigung des Menschen durch das Fernsehen und die Bewußtseinsindustrie. Man denke an den Typ des stromlinienförmigen Anpassers, der unsere Szenerie mehr und mehr beherrscht.

Doch ich will keinem technikkritischen Pessimismus das Wort reden, sondern die schiefe Alternative eines technikkritischen Pessimismus und einer fortschrittsgläubigen Technikbegeisterung überwinden. Nach der Bibel ist nicht die Technik böse, sondern der Mensch, der sie mißbraucht. Die Technik ist eine Schöpfungsordnung Gottes, wenn er den Menschen befiehlt, daß sie sich „die Erde untertan machen“ (1. Mose 1,28) und sie – was noch viel wichtiger ist – „bebauen

und bewahren“ (1. Mose 2,15) sollen. Die Technik ist nach der Bibel Schöpfung aus zweiter Hand Gottes und etwas Gutes (1. Mose 4, 17-22), so sehr sie zum babylonischen Turm werden kann (1. Mose 11, 1 ff.). Sie half dem Menschen, eine ihm feindliche Natur zu besiegen und zu überwinden. Sie half ihm, zu überleben. Dieselbe Technik, die den Menschen unfrei macht, sollte ihn frei machen. An dieser Ambivalenz der Technik hat sich bis heute nichts geändert.



„So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage...“ Zeichnung: Wolter

---

### Der dritte Weg jenseits von Technikverteufelung und Technikbegeisterung

---

Wir müssen alles tun, um das technische System zu steuern, obschon es immer wieder versucht, sich zu verselbständigen und uns zu steuern. Es gibt kein Zurück in die Postkutschenzeit und in die Kerzengesellschaft. Gerade der Christ, der illusionslos um die Realität des Bösen weiß und von menschlichem Tun nicht die bessere Welt, sondern allenfalls eine weniger schlechte Welt erwartet, müßte frei von dieser romantischen Schwärmerei sein. Zumal der Ausstieg aus der Technokratie und ihre Zerschlagung den Zusammenbruch unseres Industriesystems herbeiführen und eine Hungerkatastrophe ohnegleichen heraufbeschwören würde. Ob es uns gefällt oder nicht: Eine Blumenwiese, an der wir uns freuen, ist nicht ethisch wertvoller als eine mögliche Fabrikanlage auf ihr, die Arbeitsplätze, Arbeit und Brot schafft. Hier geht es um Schöpfung aus erster Hand, dort um Schöpfung aus zweiter Hand, also hier und dort um Schöpfung. Der dritte christliche Weg jenseits der Technikbegeisterung und der Technikverteufelung und panikartigen Flucht aus ihr, der dritte christliche Weg jenseits jeder Romantik wäre: Nicht aus der Technik aussteigen, sondern mit ihr umgehen lernen in nüchterner Einschätzung ihrer Gefahren.

Ich will vor allem am Beispiel der Atomenergie, aber auch am Beispiel der Bewußtseinsindustrie und der Gentechnik klar machen, was mit dieser These gemeint ist.

---

### Die Kernenergie – Chancen und Risiken

---

Tschernobyl hat eine auf die Technik bauende Welt aus ihrer Sicherheit gerissen. Die Gegner der Atomenergie führen erneut folgende Gründe ins Feld: Das Leben wird durch die Atomenergie hochgradig gefährdet wie Tschernobyl zeigt, Gefährdungen, die zu irreparablen Folgen führen können, Gefährdungen, die durch den normalen Betrieb eines Kernkraftwerks, vor allem aber durch Unfälle im Kernkraftwerk, die durch technisches Versagen, menschliche Unzulänglichkeit, böswillige Einwirkung seitens des Personals der Kernkraftwerke oder von außen entstehen können, Gefährdung besonders auch durch den radioaktiven „Atomüll“ und die entsprechend mögliche Atomkriminalität. Die große Energielücke, die durch den Wegfall der fossilen Energie (Erdgas, Kohle) nach der Zweijahrtausendwende zu erwarten ist, könne weiterhin – sagen die Kernkraftgegner – durch regenerative Energie wie Wind, Sonne etc. geschlossen werden, voraus-

gesetzt, daß noch stärker als bisher an Energie gespart wird.

Die Befürworter der Atomenergie argumentieren demgegenüber nicht zu Unrecht: Die durch den Wegfall der fossilen Energie drohende Energielücke nach der Zweijahrtausendwende kann nur durch die Atomenergie, aber nicht durch regenerative Energie geschlossen werden – mitgerechnet kalkulierbare Einsparungen der Bevölkerung. Die regnerierbare Energie fällt nicht ins Gewicht, da sie im Höchstfall nur 15-20% des Bedarfs deckt. Der Energieverbrauch wächst zudem durch das (leichte) gesamtwirtschaftliche Wachstum, das – etwa in unserem Land – unabdingbar ist, um die Arbeitsplätze zu sichern und das System sozialer Sicherung zu finanzieren. Vor allem steigt ständig die Energienachfrage infolge der notwendigen Industrialisierung der Entwicklungsländer. Wird nicht rechtzeitig (!) durch den Ausbau der Kernenergie Vorsorge getroffen und der Entwicklung vorgegriffen, bricht über die Menschheit nach dem Wegfall der fossilen Energie eine Beschäftigungs- und Hungerkatastrophe von einem globalen, bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß herein.

Es geht hier um eine Pflichtenkollision, um eine Entscheidung zwischen zwei Übeln, zwischen böse und böse, nicht um eine eindeutige Entscheidung zwischen gut und böse. Denn nicht nur die Gegner der Atomenergie wollen das Leben schützen, auch die Befürworter. Auch ihnen geht es ums Leben, ums Überleben unserer Urenkel. Man muß also – wie bei jeder Pflichtenkollision – bereit sein zur Schuldübernahme. Es wäre gut, wenn man dies endlich einzusehen bereit wäre statt sich ständig in pharisäischer Rechthaberei zu entrüsten und dem anderen die Schuld zuzuweisen. Die Atomenergie ist meines Erachtens das kleinere Übel. Wir müssen das Risiko der Kernenergie auf uns nehmen, statt den künftigen Generationen das Risiko aufzubürden, ohne Energie zu leben. Man darf jedenfalls bei einer Pflichtenkollision, in der jeder Christ von seinem Gewissen her anders entscheidet, dem anderen nicht das Christsein absprechen, wie es in der Debatte heute ständig geschieht. Man darf aus einer Ermessensfrage keine Glaubensfrage machen, ähnlich wie in der Frage der Friedenssicherung. Der überzeugendste Beitrag der Christen zur Energiekrise wäre u. a., ein einfaches Leben exemplarisch vorzuleben. Die Energieverschwendung in den westlichen Industrienationen ist ein Skandal (18% der Menschheit verbrauchen 57% der Weltenergie).

---

### Das Fernsehen, Fenster zur Welt oder Opium?

---

Was mit dem Aufstand der Mittel und mit der Technik als Selbstläufer gemeint

ist, verdeutlicht viel bedrohlicher die massenmediale Bewußtseinsindustrie, vor allem das Fernsehen. Das Fernsehen kann, wenn es selektiv-kritisch gehandhabt wird, zur Bewußtseinsweiterung beitragen und als Fenster zur Welt den Menschen für die Probleme und Nöte unserer Zeit sensibilisieren. Nicht selten ist es aber zum „bewußtlosmachenden Opium“ geworden, das die Kommunikation zerstört und die Kreativität verkümmern läßt. Und was noch schlimmer ist: Der Mensch steht in Gefahr, nicht mehr selber zu leben, sondern nur noch Ersatz-erlebnisse zu konsumieren: Video- und Kabelfernsehen könnten den selektiv-mündigen Umgang mit dem Medium fördern, weil sie mehr Auswahlmöglichkeiten bieten. Die Erfahrung legt freilich die Vermutung nahe, daß sich durch diese neuen Medien das Ausmaß der Entmündigung de facto nur vergrößert. Hinzu kommt die Gefahr der Niveausenkung durch kommerzielle Programme. Auch hier können wir nicht – wie in der Atomenergie – aus der Technik aussteigen, sondern wir müssen lernen, mit ihr umzugehen. Kirche, Schule und andere Institutionen hätten die Aufgabe, vor den Gefahren des Fernsehens zu warnen und zu selektiv-mündigem und dialogischem Umgang mit dem Medium anzuleiten. Hier steht das Menschsein des Menschen auf dem Spiel. Daß unsere Partei von ihren christlichen Grundsätzen her geradezu verpflichtet ist, auf das Fernsehprogramm inhaltlich und formal einzuwirken, bedarf keiner eigenen Erwähnung. (Vermeidung von die Menschenwürde verletzender Darstellung von Gewalt und Sexualität, faire Interviews, dialogische Sendungen, statt Einbahnkommunikation etc.).

---

### Die Gentechnik – Gefahr für das Menschsein –

---

Es wären noch andere Beispiele zu nennen, an denen die Ambivalenz der Technik klarzumachen wäre, wie etwa die Gentechnik. Vom technischen Mandat des Menschen her: Macht auch die Schöpfung untertan und bewahrt sie, ist gegen den Embryotransfer grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn Ei und Samenzelle von den Eltern des Kindes stammen, also im Falle einer homologen extrakorporalen Befruchtung. Bedenklich ist sicher die Vernichtung überzähliger Embryonen – auch bei der homologen In-vitro-Befruchtung, weswegen sie nur in begründeten Ausnahmefällen ethisch zulässig ist in der Wahl des kleineren Übels (Pflichtenkollision). Die heterologe extrakorporale Fertilisation, das heißt die außerkörperliche Befruchtung unter Verwendung eines Samens eines fremden Mannes oder eines Ei's einer fremden Frau, ist ethisch verwerflich, ebenso wie

die Leihmutterschaft. Durch diese unerlaubten Eingriffe in die Schöpfung wird die Exklusivität der Ehe und die Menschenwürde angetastet. Heterologe In-vitro-Befruchtung und Leihmutterschaft grenzen an Menschenhandel.

Die Verdinglichung und Funktionalisierung des Menschen durch die Technik

wird durch die in der Zukunft drohende Genmanipulation und Menschenzüchtung auf die Spitze getrieben. Wir stehen hier vor der Alternative: Freiheit der Forschung oder Freiheit des Menschen?

Das Geheimnishaft, Gnadenhafte und Beschenkte, das das Menschsein ausmacht, wird durch den geplanten Men-

schen zerstört. Der Mensch soll nach Gottes Willen die Schöpfung bewahren und gestalten, er darf sie aber nicht in ihrem Wesen verändern. Die Schöpfung aus zweiter Hand wird dann zur Schöpfung aus erster Hand gemacht und der Mensch setzt sich an die Stelle Gottes (1. Mose 3,5).

## Die Bundesrepublik Deutschland – Eine Sofa- und Bananengesellschaft?

Antwort auf Heinrich Albertz

**Zu einem unter der Überschrift „Die Moral“ vom früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Pastor Heinrich Albertz, in der Zeitschrift „natur“ veröffentlichten Artikel erklärte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin:**

Der Artikel liefert ein bemerkenswertes Beispiel für die Praktizierung der These „Versöhnen statt Spalten“ des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau. Albertz Auffassung, daß bei Demonstrationen „die Geißlers und Zimmermänner ihre helle Freude an den Gewalttätigkeiten auf beiden Seiten haben“, ist schlimmste politische Demagogie. Es ist zynisch und böse, verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik Deutschland zu unterstellen, daß ihnen „Gewalt sehr angenehm ist, um bis zur Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres von allen Themen, um die es wirklich geht... abzulenken“. Albertz Charakterisierung von Politikern als „Scharfmacher“ fällt auf ihn selbst zurück.

Offenbar bewertet der Berliner Pastor angeblich kritisches Verhalten und die Infragestellung unserer demokratischen Ordnung höher als das engagierte Eintreten für den demokratischen Rechtsstaat. Die Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland als „Sofa- und Bananengesellschaft“ offenbart, daß Albertz – frei von politischen und theologischen Ämtern – jeden Realitätsbezug verloren hat. Welches Bild hat Albertz von der Bundesrepublik Deutschland? Wenn er selbst mit dem Ehrentitel „zorniger alter Mann“ kokettiert, sollte ihm seine eigene politische Vergangenheit Anlaß genug zum Nachdenken geben.

Die EKD hat in ihrer Denkschrift „Evangelische Kirche und Demokratie“ mit Recht darauf hingewiesen, daß „die Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes eine legitime Form der Beteiligung von Bürgern am Prozeß der politischen Wil-

lenbildung ist“. An anderer Stelle heißt es: „Wer sich als Christ aktiv am politischen Leben beteiligt, hat, wie jeder andere Bürger, die Regeln des demokratischen Prozesses zu achten und muß sich genauso wie alle der politischen Auseinandersetzung und Kritik stellen.“

Wenn Heinrich Albertz sich in dieser Weise als Christ öffentlich zu Wort meldet, muß er sich fragen lassen, ob für ihn diese Maßstäbe nicht gelten? Hier stehen

wahltaktische Motive eindeutig im Vordergrund.

Mit der Wahl der Überschrift „Die Moral“ für seinen Beitrag, versucht Albertz den Eindruck zu erwecken, er würde die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland quasi von höherer Warte betrachten und bewerten. Diese exzentrische Arroganz hat nichts zu tun mit christlichen Grundlagen politischen Handelns im Umgang mit dem Andersdenkenden.

DEUTSCHES KOMITEE  
FÜR UNICEF  
KINDERHILFSWERK  
DER VEREINTEN NATIONEN


**unicef** 

*In diesem Jahr wird das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen 40 Jahre alt. Das bedeutet 40 Jahre Hilfe für die Kinder dieser Welt – zunächst im zerstörten Nachkriegseuropa, dann in den Entwicklungsländern, in denen die Not der Kinder am größten war und ist.*

*Mit dieser Hilfe ist die UNICEF-Karte eng verbunden als ein Symbol für das Engagement vieler Menschen, denen das Los der Kinder in den Entwicklungsländern nicht gleichgültig ist. Ohne den Erlös aus dem Grußkartenverkauf könnten viele langfristige Projekte in der Dritten Welt nicht finanziert werden. Diese Projekte geben Millionen Kindern, denen es an ausreichender und ausgewogener Nahrung, an sauberem Wasser und an medizinischer Versorgung fehlt, die Chance zu einem menschenwürdigen Leben. Die Strategie von UNICEF lautet: Wer diesen Kindern helfen will, muß die Gemeinschaft, in der sie aufwachsen, in die Lage versetzen, ihre Lebensumstände selbst zu verbessern.*

40 Jahre UNICEF  
40 Jahre Hilfe für Kinder in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika.

UNICEF braucht noch Freunde, die allen Weltkindern eine Zukunft geben. Mit diesen Briefaufklebern unterstützen Sie die Aufgaben und Ziele von UNICEF. Stück für Stück.



1946-1986  
40 Jahre Hilfe für Kinder  
Informationen und Grußkartenkatalog  
0221/16 00 80



1946-1986  
40 Jahre Hilfe für Kinder  
Informationen und Grußkartenkatalog  
0221/16 00 80

**Spendenkonto: 300.000  
bei allen Banken, Sparkassen  
und dem Postgiroamt Köln**

---

# Namen und Nachrichten

---

## „Kampf des Glaubens“

Kompetenzen soll man deutlich klären. **Johannes Rau** hat das getan, als er **Wilfried Penner**, den Vorsitzenden des Stadtsportbundes, der Wuppertaler Hausmacht von Vogels Fraktionsvize, zum Geburtstag besuchte. „Du machst den Sport – und ich die Religion“, sagte Rau leichthin. In Wuppertal kann das allerdings zu Verwechslungen führen. Ein Kunde, der in einer Buchhandlung ein Sportbuch verlangte, bekam prompt den Titel „Der Kampf des Glaubens“.

---

## Keine Christen zweiter Klasse

Entschieden hat der evangelische Militärbischof, **Heinz Georg Binder**, der Behauptung widersprochen, daß Kriegsdienstverweigerer als Christen höher einzuschätzen seien als Soldaten. Bei einem Besuch der 4. Panzergrenadierdivision in Regensburg erklärte er vor militärischen Führungskräften, daß das in der evangelischen Kirche legitime Ringen um verschiedene Überzeugungen dort seine Grenzen haben müsse, „wo einzelne Gruppen ihre politische Einstellung für den Glauben verbindlich machen wollen“. Auch ein durchaus zu respektierender Pazifismus gefährde die Gemeinschaft in der Kirche, wenn er zum verbindlichen Glaubenssatz erhoben werde. Der Militärseelsorge wies Binder die Aufgabe zu, den Soldaten zur kritischen Diskussion in seiner Kirche einzuladen. Er solle seine Argumente einbringen und dürfe sich nicht als „Christ zweiter Klasse“ ausgrenzen lassen.

---

## Erweiterung der nichtstaatlichen Entwicklungshilfe geplant

Eine weitere Erhöhung der staatlichen Mittel für freie Träger von Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt streben die Unionsparteien an. Dies hat **Volkmär Köhler**, Vorsitzender der Kommission Entwicklungs- und Außenhandelspolitik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn vor Journalisten erklärt.

Bisher wurden rund elf Prozent des 8,7-Milliarden-Mark-Etats des Entwicklungshilfeministeriums an sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen vergeben. Zu ihnen gehören Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen wie die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Köhler hält diesen Anteil für „durchaus steigerungsfähig“. Gegenwärtig halte man Ausschau nach weiteren „autonomen Einrichtungen“ in der Bundesrepublik Deutschland, die im Rahmen verstärkter Partnerschaftshilfe in Übersee tätig werden könnten. Erste Erkundungen richten sich auf Sparkassen und Giroverbände sowie auf Handwerkskammern und Fachorganisationen.

## SPD ehrt evangelischen Theologen und „Genossen“ Paul Tillich

„Der Sozialismus muß sich seiner Herkunft aus dem revolutionären Bürgertum bewußt werden und selbstkritisch gegenüber den daraus mitgenommenen bürgerlichen Restbeständen seines Denkens werden.“ Diese Lehre sollten Christen in der Sozialdemokratie nach Ansicht des evangelischen Kirchenreferats beim SPD-Parteivorstand aus dem Gedenken an den deutschen evangelischen Theologen Paul Tillich ziehen. Er wäre am 20. August 100 Jahre alt geworden. Der 1965 in Chicago gestorbene Tillich war seit 1929 Mitglied der SPD wie auch Karl Barth, dessen 100. Geburtstag ebenfalls in diesem Jahr begangen wurde. Beide Theologen und „Genossen“ seien, wie aus einer jetzt von der SPD in Bonn veröffentlichten Würdigung Paul Tillichs hervorgeht, „Zeugen der Nähe von Christentum und Sozialismus“.

---

## Irmgard von Meibom 70 Jahre jung

Irmgard von Meibom, stellvertretende Vorsitzende der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission, wurde am 21. August 1986 70 Jahre. Die gebürtige Bonnerin, Mutter von drei Kindern, hat sich seit 1964 intensiv in Frauen-, Familien- und Verbraucherfragen engagiert. Von 1966 bis 1981 war Frau von Meibom Bundesvorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes (Hannover). Von 1974 bis 1976 und von 1978 bis 1980 war sie Vorsitzende des Deutschen Frauenrats in Bonn. Zu ihren zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten gehörte bisher auch die Arbeit im Vorstand der Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände. 1981 erhielt Frau von Meibom das Große Bundesverdienstkreuz.

---

## Große Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr

Zahlreiche junge Menschen sind auch heutzutage bereit, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen. Diese Schlußfolgerung zieht Sozialministerin **Barbara Schäfer** aus der anhaltend großen Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Das beispielhafte Engagement junger Menschen in Baden-Württemberg strafe das Gerede von der „Null-Bock-Generation“ Lügen, betonte die Ministerin. So seien allein 1985 1.400 Helferinnen und Helfer in verschiedenen Bereichen der sozialen Dienste im Einsatz gewesen, teilte Frau Schäfer in Stuttgart mit. Dabei verwies die Ministerin darauf, daß durch die vermehrte Bereitschaft der Träger und die wesentlich erhöhte Landesförderung von jährlich 3.000 DM pro Teilnehmer seit 1982 eine Ausweitung auf nahezu die doppelte Platzzahl möglich geworden sei.

## Rau streicht bei Familien und Jugend

Nette Familienfotos auf Wahlplakaten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Familien in Nordrhein-Westfalen die Opfer Rau'scher Politik sind. Allein im Kindergartenbereich hat Rau die jungen Familien mit Beiträgen von 400 Millionen zusätzlich belastet. Dabei fehlen mehr als 80 Millionen dringend benötigter Investitionsmittel des Landes für Kindergärten.

Hilfen für Familien in Not – in Nordrhein-Westfalen Fehlanzeige. Adoptionsvermittlung – keine Lobby: 4,9 Millionen im Haushalt 1981 – Null Mark seit 1985; Kindererholung, Jugenderholung, Familienerholung – seit 1980 Kürzungen zwischen 40 und 70 Prozent. Zum Beispiel: Die Kindererholung: hier gab es 1980 noch 18,3 Millionen, 1986 noch ganze 5 Millionen.

Jugendarbeit – die finanzielle Grundlage gerät mehr und mehr ins Wanken. Seit 1980 ist der Landesjugendplan um rund 400 Millionen Mark gekürzt worden. In erster Linie betroffen: das ehrenamtliche Engagement in den Jugendverbänden. Bafög: hier wird die Heuchelei des Kandidaten erst richtig schön. Während er

bundesweit gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zu Felde zieht, hat er sich in Düsseldorf klammheimlich rund 600 Millionen Mark zu Lasten der Schüler und ihrer Eltern in die eigene Regierungstasche gesteckt.

## Eberhard Müller 80 Jahre

Der Gründer und langjährige Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, der Theologe Eberhard Müller, wurde am 22. August 1986 80 Jahre. Von Müller gingen nach dem zweiten Weltkrieg wesentliche Impulse für den Aufbau der evangelischen Akademien in der Bundesrepublik Deutschland aus. Gegenwärtig engagiert sich Müller vor allem in sicherheitspolitischen Fragen. 1981 gründete er den evangelischen Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“, der sich als Gegengewicht zu christlichen Gruppen der Friedensbewegung versteht und für die offizielle Verteidigungspolitik der NATO eintritt. Müller wurde mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

# Aus unserer Arbeit

## Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU über Kirche und Demokratie

**Starnberg.** Der Christ kann sich nach Ansicht des Münchner Theologieprofessors **Trutz Rendtorff** in der freiheitlichen Demokratie nicht auf ein Widerstandsrecht aus Gewissensgründen berufen. Wie Rendtorff vor der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Starnberg sagte, können Gewissensgründe auch gegenüber politischen Entscheidungen mit möglicherweise langfristigen Folgen wie bei der militärischen oder friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht in Anspruch genommen werden. „Mit dem Gewissensbegriff wird heute ein Verwirrspiel getrieben“, betonte der Theologe, der als Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung an der Demokratie-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland maßgeblich mitgewirkt hat.

Auch der bayerische Innenminister **Karl Hillermeier** (CSU) verneinte ein christliches Widerstandsrecht gegen rechtmäßige demokratische Entscheidungen. Im Zusammenhang mit den Vorgängen um Wackersdorf sagte der Minister, eine persönliche Betroffenheit erlaube es nicht, rechtmäßiges politisches Handeln zu verhindern. Der Staat müsse auch denen Einhalt gebieten, die sich „aus gutgemeinten Motiven“ über gültige Normen hinweg-

setzen. Doch muß Hillermeier zufolge der Politiker seine Sensibilität gegenüber Minderheiten behalten. Im Blick auf die Polizeieinsätze auf dem Gelände der Wiederaufbereitungsanlage, bei denen oft „in Bruchteilen von Sekunden Entscheidungen nötig sind“, räumte der Minister ein, daß auch Fehler passiert seien. Aber der Staat könne nicht zulassen, „daß ein rechtsfreier Raum entsteht und an seine Stelle das Faustrecht tritt“.

Der Leiter des Münchner Landeskirchenamtes, Oberkirchenrat **Werner Hofmann**, wandte sich gegen eine „Inflation kirchlicher Stellungnahmen“ zu politischen Problemen. Pfarrer, kirchliche Gremien und Synoden seien nicht „die Oberschiedsrichter der Nation“. Er halte es für unerträglich, wenn einzelne Amtsträger ohne Absprache mit anderen, ohne Sachkunde und ohne theologische Durcharbeitung sich rasch zu aktuellen Tagesfragen äußern.

## Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft

**Frankfurt.** Die Frage „Inflationsgesellschaft – Wohltat oder Last?“ hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hessen am 30. August 1986 in einer öffentlichen Fachtagung vor und mit einem außerordentlich interessierten Publikum erörtert. Der Landesvorsitzende des Arbeitskreises, **Arnulf Borsche**, wies ein-

leitend auf die Entwicklung hin, wonach immer mehr Nachrichten und Meinungen immer schneller zu einem immer größer werdenden Empfängerkreis an fast jeden Ort dieser Welt transportiert werden können. Die Menschheit werde damit tatsächlich zu einer Informationsgesellschaft. Allerdings wäre „Informationsgesellschaft nicht unbedingt ein Selbstläufer zu mehr Vernunft“. Ein Zuviel an Information könne zu Desinformation, zu Verwirrung, Verunsicherung und Verängstigung führen. Borsche wies auch auf das hohe Maß an Verantwortung hin, das bei denjenigen liegt, die Informationen weitergeben. Sorgfalt und Genauigkeit beim Umgang mit Informationen wäre unerlässlich.

In seinem Grußwort an die Tagungsteilnehmer wies der neugewählte Frankfurter Oberbürgermeister **Wolfram Brück** nachdrücklich auf die Bedeutung der Kommunikation hin, ohne die das Miteinander in unserem Gemeinwesen nicht funktionieren könne und die überhaupt erst den Dienst am Mitbürger ermögliche. In diesem Zusammenhang appellierte Brück nachdrücklich an die Verantwortlichkeit der Medienmacher, die im Bereich der Kommunikation eine Schlüsselposition innehätten.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion äußerten sich der stellvertretende Landesvorsitzende der Hessischen CDU, Bundespostminister **Dr. Christian Schwarz-Schilling**, der Intendant des Hessischen Rundfunks, Professor **Dr. Hartwig Keim**,

der Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, **Klaus Bielitz**, und die CDU-Landtagsabgeordnete, **Karin Schmidt**. Schwarz-Schilling wies auf die Entwicklung hin, die insbesondere bei den elektronischen Medien die Freiheit der Berichterstattung in Richtung auf bloße Wiederholung subjektiver Meinungen verändert hätte. Um der daraus resultierenden Gefahr einseitiger Beeinflussung weiter Bevölkerungskreise zu begegnen, brauchten die elektronischen Medien die Herausforderung der Vielfalt. Deshalb plädierte er mit Überzeugung für die Zulassung privater Anbieter, denen die technischen Möglichkeiten hierfür eröffnet werden müßten.

Professor Kelm erinnerte an die grundsätzlichen Vorzüge des öffentlich-rechtlichen Systems im bundesdeutschen Rundfunk- und Fernsehwesen. Fehlentwicklungen räume er ein. Aber wenn man sich wieder an die Regelungen der diesem System zugrunde liegenden Rundfunkgesetze erinnere und ihnen Geltung verschaffe, könnten diese häufig kritisierten Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Vizepräsident Bielitz forderte dazu auf, den Menschen Mut zur Kritik, zu verantwortungsbewußtem Umgang mit dem Gebrauch der Medien und zum Maßhalten im Medienkonsum zu geben.

Für Karin Schmidt war die Frage „Wie sind die Sendungen gemacht?“ wichtiger als die Frage nach der Masse der Information. Der Zuschauer müsse die Vorläufigkeit der Information erkennen können und nicht als endgültige Wahrheit vorgesetzt bekommen. Die Forschung dürfe sich nicht nur auf die Wirkung der Medien auf ihre Konsumenten beschränken, sondern müßte mehr und mehr auch auf die Programm-Macher ausgedehnt werden.

Nach den am Schluß der Veranstaltung erfolgten Wahlen setzt sich der Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen für die nächsten beiden Jahre wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Arnulf Borsche, Frankfurt

stellv. Vorsitzende:

Michael Bergmann, Darmstadt  
Wolfgang von Heusinger, MdL,  
Lohfelden bei Kassel

Schriftführer:

Klaus Frommelt, Gießen

#### **EAK-Bezirksverband Ruhrgebiet zu Gast in Münster**

**Essen/Münster.** „Die Fusion der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen muß nun aber auch mit Leben gefüllt werden“, meinte auf der letzten Tagung des Bezirksverbandes Ruhrgebiet der Vorsitzende des EAK in dieser Industrieregion, der Essener Ratsherr **Dr. Dieter Lingenberg**.



Der Evangelische Arbeitskreis Ruhrgebiet bei einer Führung durch den „Kiepenkerl“ (3. v. links) im Mühlenhof Freilichtmuseum Münster.

Um nicht von anderen etwas zu erwarten, was man selbst nicht fertigbringt, beschloß der Vorstand auf Anregung von Dr. Lingenberg, dem EAK-Münster einen Besuch zu machen.

Erfreulicherweise meldeten sich viele Mitglieder und Freunde zu diesem freundschaftlichen Besuch an.

In Münster erwarteten die Besucher bereits engagierte Parteifreunde. Die Vorsitzende des EAK-Münster, **Ursula Dippel**, führte die Gruppe nach Worten der Begrüßung in den historischen Friedenssaal des Rathauses, wo Bürgermeister Breuer den EAK Bezirksverband Ruhrgebiet willkommen hieß und eine anschauliche Erklärung des berühmten Saales gab. Gerade der westfälische Friede von 1648 hat für die Arbeit des EAK besondere Bedeutung: Wurde doch hier der politische Friede in einem konfessionell zerstrittenen Deutschland erstmalig umfassend hergestellt; daß aus diesem politischen Frieden ein inneres, konstruktives Miteinander der Konfessionen wurde, hat dann noch mehr als drei Jahrhunderte gedauert. Auf jeden Fall sind das Zentrum und die CDU Meilensteine auf dem Weg der Versöhnung der Konfessionen.

Diesem Miteinander weiß sich der EAK verbunden; darum ist sein Engagement nie konfessionalistisch; im besten Sinne ist er um Ökumene bemüht, um die Zusammenarbeit zwischen evangelischen und katholischen Christen zum Wohl unserer Gesellschaft.

Im Anschluß an den Empfang im Rathaus erlebte man eine interessante Stadtführung. Tradition und Fortschritt – das sind die beiden Stichworte, die sich mit dieser nach dem Krieg wiedererstandenen uralten westfälischen „Hauptstadt“ verbinden – zwei Perspektiven, die gerade

auch für die Arbeit des EAK und der CDU im übertragenen Sinn richtungsweisend sind.

Der Nachmittag war dann einem Besuch im Freilichtmuseum „Mühlenhof“ gewidmet.

Auf jeden Fall – so Dr. Dieter Lingenberg – wächst der EAK Rheinlands und Westfalens auf diese Weise lebendig zusammen – eine Entwicklung, die man auch in anderen Städten darum bewußt und gerne aufnehmen und fördern sollte.

#### **Asylantenproblem nicht zum Wahlkampfthema machen**

**Pinneberg.** Das Asylantenproblem darf nach Ansicht des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Kreis Pinneberg nicht zum oberflächlichen Wahlkampfthema verkommen. Deshalb hat sich der aus acht Mitgliedern bestehende Vorstand des EAK in seiner jüngsten Sitzung des Themas angenommen und seine Grundhaltung formuliert. Fazit des EAK-Kreisvorsitzenden **Hans Bleckmann** aus Pinneberg: „Gesetzesinitiativen von vornherein als diskussionsunwürdig abzutun und Gemeinschaftsunterkünfte als menschenunwürdig sowie inhuman zu bezeichnen, ist politisch verantwortungslos und unseriös. Eine solche Argumentation enthält nur Teilaspekte der Problematik.“

Um der „Asylantenflut“ vorurteilsfrei begegnen zu können, ist viel Nachdenken erforderlich, meint Bleckmann: „Vor allem aber brauchen wir Sachkenntnis über die Weltreligionen. Islam und Christentum stellen uns vor eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, die wir allein mit dramatischen Situationsdarstellungen nicht bewältigen können.“

## Religiöse Grundlagen des politischen Denkens

**Augsburg.** Der Evangelische Arbeitskreis der CSU im Landkreis Augsburg, unter Führung von **Dr. Herbert Günther**, beschäftigte sich im Zusammenwirken mit dem Kulturpolitischen Arbeitskreis mit dem Thema „Ist Politik ein schmutziges Geschäft? – Religiöse Grundlagen politischen Denkens und Handelns“. Referent war Professor **Dr. Wolfhard Pannenberg**, Lehrstuhlinhaber für Fundamental- und ökumenische Theologie der Universität München.

Nach den Worten von Professor Pannenberg müsse ein Staatsmann folgende Tugenden aufweisen: Besonnenheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mut. Heute würden wir sagen: Sachkenntnis, politischer Wille und Mut auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Fehle dieser Mut, werde oft nach der jeweiligen Stimmungslage der Bevölkerung, die aus Meinungsumfragen ermittelt werde, gehandelt. Die Frage des Vortrags wurde insgesamt bei Referat und Diskussion wohl so beantwortet: „Die Politik ist nur dann ein schmutziges Geschäft, wenn bestimmte Politiker sie dazu machen.“

Wer Einladungen zu den Veranstaltungen des Evangelischen Arbeitskreises der Landkreis-CSU möchte, sollte dies mitteilen: Evangelischer Arbeitskreis der Landkreis-CSU, CSU-Geschäftsstelle, Ulrichsplatz 15/III, 8900 Augsburg.

### 5. „Bonner Theologisches Gespräch“ – Professor Jüngel sprach vor dem Evangelischen Arbeitskreis

**Bonn.** Über 250 Teilnehmer waren am Donnerstag, dem 11. September 1986, in die Redoute nach Bonn-Bad Godesberg gekommen, um im Rahmen des 5. „Bonner Theologischen Gesprächs“ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU den Vortrag von Professor **Dr. Eberhard Jüngel** „Zum Verhältnis von Staat und Kirche bei Karl Barth“ zu erleben. Unter den Gästen, die der Stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Friedrich Vogel**, begrüßte, waren Altbischof **Dr. D. Hermann Kunst** und der Bevollmächtigte des Rates EKD am Sitz der Bundesregierung, Bischof **Heinz-Georg Binder**.

Professor Jüngel, dem als ersten Theologen in diesem Jahr der Karl-Barth-Preis der Evangelischen Kirche der Union verliehen wurde, führte seinen Lehrer Karl Barth als einen Baumeister unseres Jahrhunderts ein.

Der heute von beiden Seiten so problematisch empfundene Zusammenhang von Glauben und Politik habe sich für Karl Barth, dessen theologische Einsichten u. a. die Barmer Theologische Er-

klärung entscheidend geprägt haben, „schnurgerade“ dargestellt.

Sorgfältig arbeitete Professor Jüngel die Unterscheidung zwischen dem politischen Handeln des einzelnen und der Kirche als Versammlung aller Gläubigen heraus:

Der Christ im politischen Raum bleibt in seinem Christsein anonym, legt immer nur ein indirektes Zeugnis ab.

Die Kirche hingegen hat sich die Frage zu stellen, was schon hier und jetzt dem anbrechenden Reich Gottes zu entsprechen vermag.

Daraus resultiert für die Kirche die Verpflichtung, exemplarisch zu wirken. Sie muß ihre Existenz so gestalten, daß der Staat in ihr sein Vorbild erkennt. Christengemeinde, so formulierte Professor Jüngel nachdrücklich, redet nicht durch das, was sie tut, sondern was sie ist.

An den erwartet wissenschaftlich anspruchsvollen Vortrag, der auch theologisch Brisantes nicht ausließ, schloß sich eine lebhaft ausgeprägte Aussprache an, in der durchaus kontroverse Erfahrungen mit dem wechselseitigen Engagement deutlich wurden.

Viele Gäste setzten den Meinungsaustausch gern auf dem anschließenden traditionellen Empfang bei Brot und Wein fort.

### EAK Bezirk Niederrhein gegründet

**Kevelaer.** Gemäß den Fusionsbeschlüssen der CDU Nordrhein-Westfalen und ihres EAK ist nun der zweite Bezirksverband des Evangelischen Arbeitskreises in Nordrhein-Westfalen gegründet worden.

Unter der Leitung des Landesvorsitzenden und Vizepräsidenten des Landtags **Dr. Hans Ulrich Klose**, MdL, trafen sich die niederrheinischen Landesdelegierten in der Wallfahrtsstadt Kevelaer und wählten den 1. niederrheinischen EAK-Bezirksvorsitzenden.

Zum Bezirksvorsitzenden wurde **Peter Hohl**, Kevelaer, gewählt. Seine Stellvertreter sind **von Bassewitz**, Viersen; **Dr. Beisecker**, Wesel und **Brandt**, Neuss.

Peter Hohl: „Gerade am katholisch geprägten Niederrhein wollen und können wir für die Union eine Stütze sein, wenn es um ernsthafte und notwendige Gespräche mit Teilen unserer Kirche geht.“

### EAK-Bezirksverband Ruhrgebiet gegründet

Seine Arbeit aufgenommen hat jetzt der Bezirksverband Ruhrgebiet des EAK (s.o.). Bereits lange Zeit vor der Fusion der beiden CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe hatten sich die

betreffenden EAK-Kreisverbände zu einer Bezirks-Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden, so daß die Bezirksgründung jetzt lediglich juristisch nachvollzogen wurde.

Bezirksvorsitzender wurde der Essener Ratsherr **Dr. Dieter Lingenberg**, seine Stellvertreter sind **Gerhard Möhrs** (Dortmund), **Reiner A. Terhorst** (Duisburg), **Else Siegel** (Gelsenkirchen), **Renate Sommer** (Mülheim/Ruhr) und **Karl-Heinrich von Thümen** (Bochum).

Den Vorstand komplettieren je ein Beisitzer aus den angeschlossenen EAK Kreisverbänden. Mit den Kreisverbänden Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen und Unna gehört der EAK-Bezirk Ruhrgebiet zu den größten im Bundesgebiet und betreut immerhin gut 12.500 evangelische Mitglieder in der CDU.

## „Kirche, Staat, Gesellschaft in Deutschland“

ist der Titel eines Wochenseminars, das der EAK Ruhrgebiet auf Einladung des Bildungswerkes der Karl-Arnold-Stiftung anbietet. Das Seminar findet von Montag, 27. Oktober bis Freitag, 31. Oktober 1986 (Herbstferien NRW) im Hotel Hanf-land, Lennestadt-Oberelspe (Südsauerland) statt.

Unter anderem werden folgende Themen behandelt:

„Der Christ im Staat“  
– Luther und die 2-Reiche-Lehre“

„Die 2-Reiche-Lehre“  
in der historischen Bedeutung:  
Verfremdung und Chance“

„Evangelische Kirche  
– ein ‚Ärgernis‘“?!?  
– Tendenzen in der evangelischen Kirche und die Schlußfolgerungen daraus

„Die Denkschriften der EKD  
und ihre Bedeutung für die  
Gesellschaft in der  
Bundesrepublik Deutschland“

„Kirche und Staat in der DDR“

„Evangelische Christen und  
Kirche im ‚Ballungszentrum  
Ruhrgebiet‘ – Aufgaben,  
Verpflichtung, Möglichkeiten

„Was wollte Luther?“  
– Gedanken zum Reformationstag“

Informationen und Anmeldungen beim Tagungsleiter: Reiner A. Terhorst, Salzmannstr. 5, 4100 Duisburg 11, Tel.: 02 03/58 35 93 (privat).

Die Reihenfolge der Anmeldungen entscheidet über die Teilnahme.

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf 1 ● Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn  
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

## Buchbesprechung

### Zum Reformationsfest

Martin Brecht

## Martin Luther



Band 2

Ordnung und Abgrenzung  
der Reformation

1521-1532

Calwer Verlag

Martin Brecht. Martin Luther, Bd. 2. **Ordnung und Abgrenzung der Reformation.** 1521-1532. Stuttgart 1986. 38,- DM.

Martin Brecht, ordentlicher Professor für mittlere und neuere Kirchengeschichte an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, legt hier den zweiten Band einer umfassenden Lutherbiographie vor. Zusammen mit dem noch ausstehenden, abschließenden dritten Band wird damit erstmals seit 1903 wieder eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung zum Leben und Werk Martin Luthers erscheinen. Bis dahin war und ist man immer noch verwiesen an die Biographie Julius Köstlins (Martin Luther, 2 Bde, 1875, 51903), eine Dar-

stellung, die in ihrer Grundkonzeption noch vor der Weimarer Lutherausgabe (1883ff.) entstanden ist.

Die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung gerade auch mit der katholischen Lutherforschung der vergangenen Jahrzehnte in einer „zeitgemäßen“ Lutherbiographie erscheint plausibel, auch wenn natürlich eine unübersehbare Zahl von Teilbiographien und Einzeluntersuchungen vor allem aus der jüngsten Zeit vorliegt.

Eine Lutherbiographie hat aber, so Brecht, in einer doppelten Aufgabenstellung einerseits Wissenschaft und Forschung, andererseits aber auch deren Vermittlung an eine breite Öffentlichkeit zu dienen.

War zunächst nur an eine Lebensbeschreibung des jungen Luther gedacht (Bd. 1), so bewog die starke und positive Resonanz Brecht dazu, das Leben Luthers in zwei weiteren Büchern darzustellen.

Im Zuge einer sinnvollen Periodisierung seiner Lutherbiographie behält Brecht die üblichen Zäsuren bei (vgl. Heinrich Bornkamm, Martin Luther in der Mitte seines Lebens, 1521-1532, 1979) und behandelt also in seinem zweiten Band die Zeit von Luthers Wartburgaufenthalt (1521) bis zum Augsburger Religionsfrieden (1532).

Der Titel „Ordnung und Abgrenzung der Reformation“ verdeutlicht dabei, in welcher Weise Brecht das eigentlich entscheidende Jahrzehnt für Grundlegung und Ausbreitung der Reformation aufzeigen will. Im Vordergrund steht sowohl die Behandlung schwerwiegender Konflikte dieser Zeit, der Bauernkrieg, die Auseinandersetzung

mit Erasmus von Rotterdam, der Abendmahlsstreit und die Ausbreitung des Täuferturns, als auch die Darstellung der Ausgestaltung der reformatorischen Lehre.

Schon jetzt kann Martin Brechts auch sprachlich sehr ansprechende Lutherbiographie als ein Standardwerk angesehen werden, als unverzichtbare Lektüre nicht nur für Theologen und Historiker. Mit Spannung wird jeder Leser deshalb auf das Erscheinen des abschließenden dritten Bandes warten.

Johannes Heide, Meckenheim

## Mißverständnis

Ein Übermittlungsfehler war Ursache für eine mißverständliche Formulierung in der Juli-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung. Der Text unter der Überschrift „Albrecht Martin wurde Ehrenritter des Johanniterordens“ konnte dem mit der Organisation des Johanniterordens nicht vertrauten Leser den Eindruck vermitteln, als handle es sich um eine Ordensverleihung.

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Minister Albrecht Martin, legt Wert auf diese korrigierende Feststellung; die Aufnahme in den Johanniterorden bedeutet Minister Martin Ehre und Verpflichtung zugleich.